

Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am
01.09.2009

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 16:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 17:25 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Petra Brinkmann
Herr Gerhard Henrichsmeier
Herr Detlef Werner
Frau Elke Grünewald

SPD

Frau Brigitte Biermann
Herr Volker Brinkhoff
Herr Hans Hamann
Frau Barbara Schneider

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hartmut Geil
Herr Klaus Rees (Vorsitzender)

FDP

Herr Harald Buschmann

Die Linke

Frau Barbara Schmidt

Von der Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke
Frau Sieker – Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen
Herr Gundlach - Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen
Herr Berens – Amt für Finanzen und Beteiligungen
Herr Stühmeier - Amt für Finanzen und Beteiligungen
Frau Wemhöner - Amt für Finanzen und Beteiligungen (Schriftführerin)

Nicht anwesend:

Herr Rainer Lux (CDU)
Herr Detlef Helling (CDU)
Frau Karin Schrader (SPD)
Herr Holm Sternbacher (SPD)
Herr Ralf Schulze (BfB)
Herr Dr. Harald Wixforth (Bürger Nähe)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Rees stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Finanz- und Personalausschusses fest.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 58. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 16.06.2009**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 16.06.2009 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 59. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 25.06.2009 (gemeinsame Sitzung mit dem Hauptausschuss)**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 25.06.2009 (gemeinsame Sitzung mit dem Hauptausschuss) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 59. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 25.06.2009**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 25.06.2009 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 4

Mitteilungen

Herr Stadtkämmerer Löseke berichtet zunächst über den aktuellen Stand des Haushaltsvollzugs 2009 und anschließend über das Ergebnis der gutachterlichen Prüfung zum Erfordernis einer Anrechnung anteiliger Gewinne der MVA bei den Abfallgebühren. Die entsprechenden Mitteilungstexte wurden den anwesenden Mitgliedern des Finanz- und Personalausschusses in der Sitzung ausgehändigt und sind der Niederschrift als **Anlagen 2 und 3** beigelegt.

Bezüglich der Information zum Stand des Haushaltsvollzugs bittet Herr Hamann um einen entsprechenden Vortrag in der nächsten Ratssitzung. Hinsichtlich der Anrechnung von Gewinnen der MVA bei den Abfallgebühren sagt die Verwaltung zu, eine ausdrückliche Information der Medien (ZDF, Presse) zu prüfen.

Zu Punkt 5

Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 6

Evaluierung der Beratung des NKF-Haushalts

hier: Befragung der Mitglieder politischer Gremien, der Dezernenten und Amtsleiter

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7285/2004-2009

Herr Rees stellt im Hinblick auf das vorliegende Umfrageergebnis fest, dass es im Zusammenhang mit dem NKF-Haushalt nach wie vor umfangreichen Informationsbedarf gebe. Die erhoffte Transparenz sei noch nicht erkennbar und zu verbessern. Er begrüße ausdrücklich, dass die Verwaltung vorschlage, weitere Informations- und Qualifikationsveranstaltungen anzubieten. Herr Hamann ergänzt, dass seines Erachtens auch in den Verwaltungsvorlagen dafür Sorge getragen werden müsse, dass finanzielle Auswirkungen deutlicher dargestellt werden. Oft bleibe es bei ausführlichen fachlichen Ausführungen ohne nachvollziehbarer Kostenbetrachtung. Außerdem spreche er sich ausdrücklich für die Fortsetzung der interfraktionellen Arbeitsgruppe zum NKF-Haushalt aus. Frau Schmidt führt aus, dass sie die Umfrageergebnisse mit Interesse zur Kenntnis genommen habe. Für sie bestätige sich der Eindruck aus den Haushaltsplanberatungen, in denen die Verwaltungsvorlagen zum NKF-Haushalt vielfach auf Kritik gestoßen seien. Sie schlage daher vor, dass sich die

interfraktionelle Arbeitsgruppe auch mit der Erarbeitung transparenterer Vorlagen beschäftigen sollte. Herr Werner stellt fest, dass bei den Ratsmitgliedern teilweise noch immer das erforderliche Wissen zum neuen Haushalt fehle und man häufig noch den alten Sichtweisen verhaftet sei. Hier sehe auch er noch weiteren Schulungsbedarf. Herr Geil ergänzt, dass es im neuen Haushalt noch nicht gelungen sei, qualitative Ziele erkennbar zu machen. Die erforderlichen Steuerungsmöglichkeiten seien bislang nicht gegeben. Herr Löseke erklärt, dass er die Anregungen gerne aufnehme und die Arbeit der interfraktionellen Arbeitsgruppe unterstützen werde. Der Austausch mit anderen Kommunen zeige allerdings, dass dort ähnliche Erfahrungen wie in Bielefeld gemacht würden. Herr Rees stellt abschließend fest, dass er das Weiterbestehen der interfraktionellen Arbeitsgruppe zum NKF-Haushalt ebenfalls für notwendig erachte und daher ausdrücklich begrüße.

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 7

Rechnungsabschluss 2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7301/2004-2009

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, wie folgt zu beschließen:

1. Die Leistung über- und außerplanmäßiger Ausgaben

im Verwaltungshaushalt 2008 in Höhe von	2.950.437,79 €
Deckung: Spezielle Deckungsmittel	2.950.437,79 €

im Vermögenshaushalt 2008 in Höhe von	1.251.025,92 €
Deckung: Spezielle Deckungsmittel	1.249.167,87 €
Deckung: Allgemeine Deckungsmittel	1.858,05 €

entsprechend der beigefügten Zusammenstellung (Anlage 1) wird genehmigt.

2. Im Übrigen wird die gemäß § 93 Abs. 2 GO NRW a. F. vom Stadtkämmerer aufgestellte und vom Oberbürgermeister festgestellte Jahresrechnung zur Prüfung nach § 101 GO NRW a. F. an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8

Gesamtschuldenbericht 2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7189/2004-2009

Herr Löseke weist auf die im Schuldenbericht dargestellte Entwicklung der Kassenkredite hin, die insbesondere aufgrund der positiven Einnahmeentwicklung in den Jahren 2007 und 2008 rückläufig dargestellt wird. Im Jahre 2009 sei aktuell jedoch eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten, die insbesondere aus den deutlich zurückgehenden Steuereinnahmen resultiere. Der Liquiditätsbericht für den Monat Juli weise daher einen Liquiditätskredit in Höhe von 320,4 Mio. € aus. Herr Rees erklärt, dass er es sehr begrüße, dass im Schuldenbericht auch die kurzfristigen Verbindlichkeiten dargestellt würden. Die Entwicklung der Kassenkredite sei allerdings besorgniserregend.

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den Gesamtschuldenbericht der Stadt Bielefeld für das Jahr 2008 zur Kenntnis.

Zu Punkt 9

Realisierung eines Cashpooling im Konzern Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7226/2004-2009

Herr Berens erklärt, dass mit dem vorgeschlagenen Cashpooling-System ein Verfahren etabliert werden solle, das es in der Privatwirtschaft schon längere Zeit gebe. Ziel sei es, innerhalb eines Konzerns Verbindungen herzustellen, um bestehende Liquiditätsüberschüsse mit an anderer Stelle bestehenden Bedarfen auszugleichen. Dadurch soll die Aufnahme von Fremddarlehen soweit wie möglich vermieden werden. Die BBVG bilde seit ca. 6 Monaten bereits erfolgreich einen sog. Poolingkreis mit der Bielefeld Marketing und der Stadthalle. Aufgrund der positiven Erfahrungen mit diesem System werde nunmehr vorgeschlagen, auch im Bereich der Stadt Bielefeld entsprechende Poolingkreise zu bilden. Infrage kommende Unternehmen seien im Vorfeld im Rahmen einer Informationsveranstaltung angesprochen worden. Rechtlich sei das Cashpooling seit ca. 2 Jahren durch einen Erlass des Innenministeriums abgedeckt. Danach dürfe die Stadt mit ihren Töchtern einen Liquiditätsverbund bilden, allerdings ohne die rechtliche Möglichkeit selbst Liquidität aus dem Verbund zu schöpfen. Die Stadt fungiere viel mehr als Cashpool-Führerin und stelle die administrative Abwicklung des Verfahrens sicher. Um an dem Verfahren teilnehmen zu können, sei es erforderlich, dass die jeweiligen Auf-

sichtsräte bzw. Betriebsausschüsse im Vorfeld ihre grundsätzliche Zustimmung zu Darlehensaufnahmen bis zu einer bestimmten Obergrenze erteilen. Formal sei darüber hinaus eine vertragliche Vereinbarung zwischen den Beteiligten erforderlich, in der alle Einzelheiten geregelt werden. Nach den entsprechenden Systemeinstellungen laufe das Verfahren dann weitgehend automatisiert und ohne großen Aufwand. Herr Berens führt weiter aus, dass dieses Verfahren insbesondere für Unternehmen interessant sei, deren Mittelzu- bzw. -abflüsse kurzfristig schwer kalkulierbar seien. Hier biete das Cashpooling die Möglichkeit, Maßnahmeplanungen unabhängig von zeitlich schwer kalkulierbaren Mittelzuflüssen Dritter vorzunehmen. Die innerhalb des Poolingkreises anfallende Verzinsung orientiere sich im Übrigen an Marktdaten.

Herr Brinkhoff erklärt, dass die Vorlage seines Erachtens erst im Zusammenhang mit den weitergehenden Ausführungen verständlich sei. Für ihn sei allerdings noch offen geblieben, ob das Verfahren unter steuerrechtlichen Aspekten unbedenklich sei. Darüber hinaus würde er zum jetzigen Zeitpunkt lediglich einen Absichtsbeschluss fassen wollen, mit dem die Verwaltung zur Umsetzung des Verfahrens beauftragt würde. Herr Hamann schließt sich dieser Auffassung an und verweist auf die im Vorfeld noch erforderlichen Gremienentscheidungen in den teilnehmenden Betrieben. Seines Erachtens seien diese zunächst einzuholen und im Anschluss im Finanz- und Personalausschuss über die Einführung des Systems zu entscheiden. Herr Werner weist darauf hin, dass der Aufsichtsrat der Kliniken bereits einen entsprechenden Beschluss gefasst habe und alle übrigen Unternehmen ihr Interesse signalisiert hätten. Um Zeitverzögerungen zu vermeiden plädiere er für eine Beschlussfassung im vorgeschlagenen Sinne. Auf eine entsprechende Nachfrage von Herrn Rees erklärt Herr Berens, dass das Verfahren eventuell nicht mehr im Jahre 2009 starten könnte, wenn vor einer endgültigen Zustimmung des Finanz- und Personalausschusses noch alle Gremienbeschlüsse eingeholt werden müssten. Herr Rees führt daraufhin aus, dass aus seiner Sicht auch eine Beschlussfassung möglich sei, die die Verwaltung verpflichte, den Ausschuss nochmals zu informieren, wenn die erforderlichen Voraussetzungen für den Start des Verfahrens vorlägen. Im Hinblick auf die steuerrechtlichen Fragestellungen erklärt Herr Berens, dass man diese bereits im Zusammenhang mit dem Modellversuch geprüft habe. Ergebnis sei gewesen, dass das Cashpooling weder steuerrechtlich noch beihilferechtlich problematisch sei, solange die Gewährung verdeckter Vergünstigungen ausgeschlossen sei.

Auf die Frage von Frau Biermann zu den erforderlichen personellen Ressourcen teilt Herr Berens mit, dass für die erstmalige Einrichtung und spätere Betreuung des Verfahrens kein zusätzlicher Personalbedarf entstehe.

Um klar zu stellen, dass mit einer Beschlussfassung des Finanz- und Personalausschusses kein Eingriff in die Autonomie der Betriebe und deren Gremien erfolgen solle, schlägt Herr Rees vor, dem Beschlussvorschlag mit der Maßgabe zu folgen, dass der Ausschuss in Form einer Informationsvorlage über die entsprechenden Entscheidungen der Aufsichtsräte und Betriebsausschüsse informiert wird.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgabe fasst der Finanz- und Personalausschuss folgenden

Beschluss:

1. Im Konzern Stadt Bielefeld ist nach Maßgabe dieser Vorlage ein Cashpooling-System einzuführen. Teilnehmer des Systems sind die in der Anlage aufgeführten Eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und Gesellschaften bzw. Beteiligungen der Stadt Bielefeld.
2. Die Betriebsausschüsse der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen sowie die Gremien der benannten Beteiligungen werden gebeten, ihrerseits die notwendigen Beschlüsse zur Realisierung zu fassen. Die Verwaltung wird beauftragt, in der Folge die erforderlichen Verträge zwischen den Beteiligten zu schließen

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10

Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 150 Konjunkturpaket II - 4. Tranche (Grundsatzbeschluss) Umsetzung der Maßnahme Jugendheim Hanning - Komplettsanie- rung und Umnutzung zur KITA

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7163/2004-2009

Herr Löseke erklärt, dass im Rahmen des Konjunkturpaketes II inzwischen bereits Mittel in Höhe von rd. 4,7 Mio. € durch Aufträge gebunden seien. Der tatsächliche Mittelfluss sei deutlich geringer (Bildungsinfrastruktur: 658.051 €; sonstige Infrastruktur: 41.000 €), da dieser eine entsprechende Rechnungsstellung voraussetze. Weiter erläutert Herr Löseke den Umgang mit Kostenverschiebungen bei Maßnahmen Freier Träger. Abschließend weist er darauf hin, dass die Verwaltung am 04.09.2009 eine Informationsveranstaltung anbieten werde, in der den Freien Trägern die wichtigsten Verfahrensschritte bei der Umsetzung von Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket erläutert würden. Herr Hamann erklärt, dass er sich insbesondere wegen der einzuhaltenden Fristen bei der Mittelverwendung auch weiterhin regelmäßige Informationen über die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket wünsche. Herr Rees schließt sich dieser Bitte an. Herr Löseke führt aus, dass die Verwaltung dieser Bitte selbstverständlich nachkommen werde.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss genehmigt die von dem Mitglied des Finanz- und Personalausschusses Holm Sternbacher und dem Ersten Beigeordneten Dr. Pohle am 07.07.2009 unterzeichnete Dringlichkeitsentscheidung Nr. 150 über die Umsetzung der Maßnahme Jugendheim Hanning – Komplettsanierung und Umnutzung zur KITA im Rahmen des Konjunkturpaketes II – 4. Tranche (Grundsatzbeschluss).

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidungen Nr. 156 und 159, Konjunkturpaket II - 4. Tranche (Grundsatzbeschluss) Umsetzung von städtischen Maßnahmen sowie Maßnahmen Freier Träger im Bereich der Bildungsinfrastruktur

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7308/2004-2009

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld folgenden Beschluss zu fassen:

Die durch Herrn Oberbürgermeister David und die Herren Ratsmitglieder Lux und Hamann am 20.07.2009 und 31.07.2009 in Sachen „Konjunkturpaket II“ getroffenen Dringlichkeitsentscheidungen werden genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

Schulische Integrationshilfen - Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 148

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7144/2004-2009

Beschluss:

Vorbehaltlich einer entsprechenden Empfehlung des Schul- und Sportausschusses empfiehlt der Finanz- und Personalausschuss dem Rat der Stadt Bielefeld, die Dringlichkeitsentscheidung Nr. 148 gem. § 60 Abs. 2 GO NRW zu genehmigen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

Diversity Management - Charta der Vielfalt der Unternehmen in Deutschland

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7180/2004-2009

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Bielefeld begrüßt die Charta der Vielfalt der Unternehmen in Deutschland als grundlegendes Bekenntnis zum wirtschaftlichen Nutzen von Vielfalt und zu Toleranz, Fairness und Wertschätzung von Menschen in Unternehmen und öffentlichen Institutionen.

Herr OB David wird gebeten, die Charta der Vielfalt für die Stadt Bielefeld zu unterzeichnen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14

Änderung der Richtlinie der Stadt Bielefeld über die Gewährung von Zuschüssen zum Einbau lärm-dämmender Fenster und Türen (Bielefelder Lärmschutzfensterprogramm)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7291/2004-2009

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Die „Richtlinie der Stadt Bielefeld über die Gewährung von Zuschüssen zum Einbau lärm-dämmender Fenster und Türen“ wird wie folgt geändert:

Zu 4. Förderausschluss

f) erhält folgende Fassung: Es ist absehbar, dass die beantragten Räume in den nächsten 15 Jahren, beginnend mit der Auszahlung des Zuschusses, nicht zu Wohnzwecken genutzt werden oder werden können.

Zu 11. Bedingungen und Auflagen

3. Absatz, Satz 1 erhält folgende Fassung: Die nach diesem Programm geförderten Wohnungen sind für einen Zeitraum von 15 Jahren, beginnend mit der Auszahlung des Zuschusses, nur für Wohnzwecke zu verwenden.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 15

Genehmigung Dringlichkeitsentscheidung Nr. 160 - Arbeitsplus in Bielefeld GmbH

Externe befristete Einstellungen durch die Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7281/2004-2009

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt wie folgt zu beschließen:

Die Dringlichkeitsentscheidung Nr. 160 wird genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 16

Unterrichtung des Finanz- und Personalausschusses über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat. (Anlage 1 - ist beigelegt.)

Beratungsgrundlage: Anlage 1

Frau Schmidt erklärt, dass sie sich in der Nachbewilligungsliste verständlichere Bezeichnungen für die dort dargestellten Sachverhalte wünsche. Die Benennung des jeweils betroffenen PSP-Elementes sei für sie nicht aussagekräftig und lasse die notwendige Transparenz vermissen. Herr Rees zeigt Verständnis für dieses Anliegen und bittet die Verwaltung, zukünftig verständlichere Beschreibungen zu verwenden.

Herr Brinkhoff bittet die Verwaltung, für die nächste Sitzung eine Informationsvorlage vorzubereiten, aus der sich die Verwendung der bezirklichen Sondermittel in den vergangenen zwei Jahren ergibt. Herr Löseke sagt die Erstellung einer entsprechenden Übersicht durch die Verwaltung zu.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt von den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, gemäß Vorlage Kenntnis und weist diese Vorlage ebenfalls an den Rat zur Kenntnisnahme.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Bielefeld, 01.09.2009

Klaus Rees
(Vorsitzender)

Heike Wemhöner
(Schriftführerin)